

Die Eliten der Europäischen Union täuschen einen Krieg mit Russland vor

17 Dez. 2025 11:30 Uhr

In Europa führt die Unterordnung des individuellen Verstandes jedes einzelnen Landes unter das kollektive Interesse zu einer kollektiven Verwirrung. Der Kern des Problems ist, dass die Imitation von Politik das reale Leben vollständig ersetzt hat und zum eigentlichen Interesse der europäischen politischen Eliten geworden ist.



© Urheberrechtlich geschützt
Symbolbild

Von Timofei Bordatschjow

Die jüngste Entscheidung der EU-Behörden, ihren Diplomaten jegliche Form der Kommunikation mit ihren russischen Kollegen zu verbieten, wirkt ziemlich beängstigend. Ein unvorbereiteter Beobachter könnte denken, dass die traditionellen Normen für Kontakte zwischen offiziellen Vertretern von Staaten der Vergangenheit angehören.

Denn die Anwendung von Kriegszeitenregeln auf Diplomaten eines anderen Staates, ohne sich formal im Kriegszustand zu befinden, ist etwas völlig Neues in der diplomatischen Praxis. Man kann jedoch davon ausgehen, dass der jüngste Vorstoß Europas nur ein Versuch ist, einen "letzten und entscheidenden Kampf" mit Russland zu simulieren, ohne dabei etwas Wesentliches zu unternehmen.

Denn: Viele Länder der Europäischen Union handeln weiterhin recht erfolgreich mit Russland, kaufen dort Energieressourcen, oft über Zwischenhändler, und behalten ihre Investitionen bei. Mit anderen Worten: Europa scheint bereits mit voller Kraft Krieg gegen Russland zu führen, indem es eine Vielzahl

von Maßnahmen ergreift, die in einem echten Krieg notwendig wären, ohne jedoch die letzte Grenze zu überschreiten.

Die Frage ist, wie lange diese Vortäuschung noch andauern kann, ohne in einen für alle Beteiligten tragischen Frontalzusammenstoß zu münden. Für uns in Russland ist es wichtig, das Verhalten unserer Nachbarn im Westen zu verstehen, um zu wissen, wie hart wir darauf reagieren müssen.

Das derzeitige Verhalten Europas passt im Großen und Ganzen gut zu dem Politikmodell, das Staatsmänner in Brüssel, Paris, Berlin oder London schon vor langer Zeit entwickelt haben. In erster Linie in Bezug auf ihre eigenen Völker. Die europäische Integration und die politische Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten haben tatsächlich ihre "Blütezeit" erlebt. Über mehrere Jahrzehnte hinweg konnten die Regierungen einer großen Gruppe von Ländern Entscheidungen treffen, die die Geschäftstätigkeit und das Leben der einfachen Bürger dort erheblich erleichterten. Diese Entscheidungen bilden auch heute noch die Grundlage für das, was als EU-Binnenmarkt bekannt ist.

Aber seit 20 Jahren gibt es hier keine nennenswerten Fortschritte mehr. Die europäischen Eliten haben erkannt, dass die Möglichkeiten für echte Maßnahmen etwa Anfang der 2000er Jahre ausgeschöpft waren. Und dann begann ein großes Simulationsspiel. Die erste Runde war der Kampf um die sogenannte gemeinsame Verfassung für Europa.

Für diejenigen, die es vergessen haben, sei daran erinnert, dass die Europäische Union im Jahr 2002 beschlossen hatte, ihre politischen Grundlagen radikal zu stärken und ein demokratisches Dokument zu schaffen, das die Interessen der Gemeinschaft über die Interessen ihrer einzelnen Mitgliedsländer stellt. Zu diesem Zweck wurde ein Konvent gegründet, in den Vertreter buchstäblich aller Länder aufgenommen wurden. Zwei Jahre lang unterhielten sie die Öffentlichkeit mit heftigen Debatten.

Allen, die sich ein wenig mit europäischer Politik auskennen, war klar, dass dies alles nur ein "Spiel mit Perlen" war, dessen einziges Ziel darin bestand, die Unmöglichkeit realer Veränderungen zu verschleiern. Aber für alle anderen, darunter auch viele in Russland, war es nicht schwer, sie zu täuschen.

Letztlich wurde die Verfassung für Europa geschaffen. Aber bereits im Jahr 2005 wurde sie Geschichte – die Bürger Frankreichs und der Niederlande sprachen sich in Referenden dagegen aus. Dabei hätten die Politiker beider Länder durchaus auf die Volksabstimmungen verzichten können – sie wollten das umstrittene Dokument einfach selbst begraben. Die nationalen Medien orientierten sich schnell neu und stimmten die Bürger gegen ein Gesetzbuch ein, das für diese Bürger von Vorteil gewesen wäre.

Die europäischen Politiker machten sich während der Finanzkrise von 2008 bis 2013 intensiv daran, ihre Arbeit vorzutäuschen: Damals bot sich ihnen die Gelegenheit, die Bevölkerung nach Strich und Faden zu unterhalten. Allen war damals klar, dass die Regeln des gemeinsamen europäischen Raums massiv verletzt worden waren und die Idee einer gemeinsamen europäischen Währung für alle Länder außer Deutschland und einigen seiner Satellitenstaaten innerhalb der EU zu einem Entwicklungshemmnis geworden war.

Außerdem verstanden alle, dass es unmöglich war, das Problem der Rückständigkeit der südeuropäischen Länder zu lösen, da sie Opfer der gemeinsamen Währung waren. Darüber hinaus sahen große Staaten wie Frankreich oder Italien, dass sie allmählich den Weg des Unglücks einschlugen, den Griechenland, Spanien oder Portugal gegangen waren.

Aber niemand wollte und konnte etwas radikal ändern: Es wurden mehrere Ersatzlösungen vorgeschlagen, deren einziger Sinn darin bestand, das Problem unter den Teppich politischer Erklärungen zu kehren. Eine besondere Meisterin in diesem Genre war die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel.

Sie löste grundsätzlich keine grundlegenden Probleme, schuf aber geschickt den Anschein, als würde sie diese lösen. Und am Ende ihrer Amtszeit schenkte sie uns allen noch Ursula von der Leyen als Spitzenfigur der europäischen Bürokratie.

Die nächste Krise wurde zu einem Simulationsspiel im wahrsten Sinne des Wortes: In den Jahren 2014 und 2015 strömten Flüchtlinge aus Nordafrika und dem Nahen Osten nach Europa. Die europäischen Politiker begrüßten zunächst die Menschen, die vor den vom Westen verursachten Kriegen und Konflikten geflohen waren, und versicherten dann mit gleichem Eifer den Bürgern, dass sie eine zuverlässige Mauer gegen die Migranten errichten wollten.

Dieses Hin und Her endete 2016 mit einem Abkommen mit der Türkei, in dessen Rahmen Ankara einfach sechs Milliarden Euro dafür erhielt, dass es die Geflüchteten mit allen verfügbaren Mitteln auf seinem Territorium festhielt. Für die Imitation der Politik ihrer Staats- und Regierungschefs zahlten die europäischen Steuerzahler.

Die Coronavirus-Pandemie in den Jahren 2020 bis 2022 ermöglichte es diesen Politikern, sich uneingeschränkt auszutoben: Es ist schwer zu sagen, wie viele "entschlossene Maßnahmen" damals auf EU-Ebene beschlossen wurden, um die Menschen vor einer Infektion zu schützen. Allerdings hatten diese Maßnahmen keine spürbaren Auswirkungen – Europa hat die Pandemie genauso überstanden wie alle anderen Länder der Welt.

Nur dass sich die Geldbeträge auf den privaten Konten einiger EU-Bürokraten, wie berichtet wird, deutlich erhöht haben. Es muss gesagt werden, dass gerade unsere geliebte Ursula von der Leyen eine der größten Spezialistinnen für Imitation ist – sie begann damit an der Spitze des deutschen Verteidigungsministeriums und setzte dies dann erfolgreich in Brüssel fort. Dafür wird sie offenbar von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union besonders geschätzt.

So sind die europäischen Staaten und ihre Politiker mit solider Erfahrung in die aktuelle militärisch-politische Auseinandersetzung mit Russland gegangen, um Entschlossenheit zu zeigen, anstatt entsprechende Schritte zu unternehmen. Und, was am wichtigsten ist, dies geschieht mit der bereits tief verwurzelten Gewohnheit, dies als ganz selbstverständlich zu empfinden.

Derzeit hören wir wieder einmal Erklärungen des ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte, seiner Kollegen aus Deutschland und Frankreich oder von Brüsseler Beamten über einen "bevorstehenden Konflikt mit Russland" und die Notwendigkeit, sich darauf vorzubereiten. Angesichts ihrer Vergangenheit kommt jedoch der begründete Verdacht auf, dass sie wieder ihr bereits lieb gewonnenes Spiel in der Politik spielen.

Das Problem ist jedoch, dass sie bisher keine andere Politik haben und auch nicht haben können. Und die Vortäuschung nimmt allmählich die Form realer und sehr gefährlicher Maßnahmen an. Wie zum Beispiel die Entscheidung über das "Einfrieren" russischer Vermögenswerte in Belgien.

Derzeit beobachten wir ein "Spiel" der Kriegsdiplomatie – Versuche, einen Boykott gegen russische Vertreter im Ausland zu organisieren. Es ist schwer zu sagen, was der nächste Schritt in diesem Spiel

sein wird. Offensichtlich ist jedoch, dass es zunehmend gefährlicher wird.

Ein bedeutender politischer Philosoph des letzten Jahrhunderts schrieb: "In einer Gemeinschaft wird der individuelle Verstand zum Diener des kollektiven Interesses." Das ist natürlich nicht immer der Fall und auch nicht immer schlecht. Oftmals sind Vereinigungen von Menschen oder Staaten in der Lage, ihre egoistischen Interessen zu überwinden und gemeinsam den Weg in eine gerechtere Zukunft für alle einzuschlagen.

Im Falle des heutigen Europas führt jedoch die Unterordnung des individuellen Verstandes jedes einzelnen Landes unter das kollektive Interesse zu einer kollektiven Verwirrung. Der Kern des Problems besteht darin, dass die Imitation von Politik das reale Leben vollständig ersetzt hat und zum eigentlichen Interesse der europäischen politischen Eliten geworden ist. Und wenn es uns allen gelingt, eine wirklich schwere Tragödie zu vermeiden, wird es mehrere Generationen von Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens benötigen, um Europa aus diesem Zustand herauszuholen.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist am 16. Dezember 2025 zuerst auf der Webseite der Zeitung "Wsgljad" erschienen.

Timofei Bordatschjow ist Programmdirektor des internationalen Diskussionsclubs Waldai.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln